



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Baden.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

republicanischen Partei in sich vereinigt und so dazu beitragen dürfte, diese Partei in allen Hauptfragen gegenüber den bekanntlich nicht immer zu billigen Bestrebungen der Demokraten als geeinigt erscheinen zu lassen. Einen innern Zwiespalt im Ministerium selbst wird aber Präsident Garfield durch Weisheit und Umsicht zu vermeiden wissen.



Aus Baden.



ie Verlobung, die am 12. März zwischen der Prinzessin Victoria von Baden, der neunzehnjährigen einzigen Tochter des Großherzogs, mit dem Kronprinzen Gustav von Schweden geschlossen wurde, nahm das öffentliche Interesse lebhaft in Anspruch und hat in allen Schichten des Volkes eine große und freudige Theilnahme hervorgerufen, die sich in vielfachen und begeisterten Kundgebungen offenbarte. Denn wie unser Herrscherpaar jede Gelegenheit wahrnimmt, zu weitem Kreisen in Beziehung zu treten und seine rege Theilnahme an dem Ergehen des Volkes an den Tag zu legen, so benutzt auch das Volk wiederum gern jede Veranlassung zu zeigen, wie innige Bande Fürst und Volk umschließen. Dem jugendlichen schwedischen Thronerben bringt man hier warme Sympathien entgegen. Diese wird er aber auch über unsere engere Heimat hinaus, im ganzen deutschen Vaterlande, schon um deswillen finden, daß er sich die künftige Gattin aus einem der nationalsten und freisinnigsten deutschen Fürstenhäuser gewählt hat, als dessen charakteristische Züge nationale Gesinnung und patriotische Opferwilligkeit, tiefe und echt protestantische Frömmigkeit, treuer und inniger Familiensinn vor allem hervorleuchten. Man wird hieraus die schöne Hoffnung schöpfen dürfen, daß Schweden-Norwegens Stellung zu Deutschland künftig vielleicht mit noch größerer Entschiedenheit eine deutschfreundliche werden wird als bisher, und daß die für den Particularstaat verwandtschaftlichen Bande für das Reich zu unlöslichen politischen werden. Die Zeit ist ernst, und der Ausblick in die Zukunft bedrohlich genug, um eine derartige Freundschaft für uns wünschenswerth zu machen.

Die Secession, dieser wunderbare Versuch, durch Zersplitterung zur Einheit zu gelangen, ist auf die politischen Verhältnisse Badens nicht ohne Rückwirkung geblieben. Wie in Württemberg und Baiern, fand dieselbe zwar auch in der badischen Bevölkerung wenig Beifall, und das einflußreichste Blatt des Landes, die „Bad. Landeszeitung,“ nahm vom ersten Augenblicke an gegen die Secession eine so entschieden feindliche Haltung an, daß sie dadurch in die Partei selbst da, wo man noch schwankte oder durch den secessionistisch-antisecessionistischen Weitzanz eines Frankfurter nationalliberalen Blattes ins Schwanken gerieth, eine feste Haltung hineintrug; immerhin aber war man zweifelhaft, wie die badischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten sich zu den frühern politischen Freunden stellen würden, obgleich sie in den letzten Monaten sich mehr auf Herrn v. Bennigsen als auf die Seite der Lascker, Forckenbeck, Bamberger gestellt hatten. Daher begrüßte man es in allen liberalen Kreisen als eine erlösende That, als die „Badische Correspondenz“

in ihrer Nummer vom 17. Januar d. J. den frühern Freunden einen klaren und unumwundenen Absagebrief, der offenbar aus Herrn Kiefers Feder herrührte, schrieb und rückhaltslos erklärte, daß die nationale und liberale Partei Badens nach rechts zu gehen gewillt sei. Mit offenem Freimuth wurde darin der Mangel an positiven Forderungen in dem secessionistischen Programm und der in der Bambergerschen Schrift deutlich genug hindurchklingende Wunsch getadelt, Fürst Bismarck von seiner Stelle entfernt zu sehen. Während aber diese Entscheidung der Führer der liberalen Partei innerhalb derselben den allgemeinsten Beifall fand und die Kreise, welche ihr mit Besorgniß entgegengesessen hatten, beruhigte, erhob sich in Lörrach eine Stimme für die Secession. Der Reichstagsabgeordnete Pflüger, welcher der Partei von jeher nur äußerlich angehörte, innerlich aber nahezu auf Seiten des Fortschritts stand, hatte auf den 5. Februar in seinem Wahlkreise eine Versammlung veranstaltet, in der er sich unter dem Beifall der Anwesenden für die Secession erklärte. Aber auch hier traten die alten Freunde ihm in ihrem Parteiorgan entschieden entgegen und wiesen ihm das Frrige und grundsätzlich Verfehlte seiner Ausführungen mit überraschender Schärfe nach. Wohlthuend und für die weitesten Kreise beruhigend wirkte in diesem Absagebriefe besonders der Passus, der von der Stellung nicht nur der Secessionisten und Pflügers, sondern des ganzen radicalern linken Flügels der liberalen Partei zur Militärfrage handelte. „Die Vermehrung unsers Heeresstandes — so führte die Badische Correspondenz aus — ist bekanntlich nur eine uns abgedrungne Folge der viel umfassendern Organisationen Frankreichs. Der Schritt mußte vollzogen werden, wenn der Reichstag sich nicht der allergrößten Verantwortlichkeit durch Versäumung einer im Interesse der Sicherheit des Reiches dringend gebotnen Gegenmaßnahme aussetzen wollte.“ „Würde wohl,“ fragt Herr Kiefer in dem Parteiorgan mit Recht, „die französische Volksvertretung in gleicher Lage auch nur einen Augenblick gezögert haben? Gibt es in Frankreich heute überhaupt eine politische Partei, welche eine ähnliche Anforderung der Regierung abgelehnt hätte?“

Obgleich es aber nach diesen Auslassungen der liberalen badischen Abgeordneten dem secessionistischen Freunde gegenüber den Anschein gewann, als seien die erstern jetzt wirklich gewillt, eine zwar liberale, aber doch praktische Politik zu treiben, sehen wir im deutschen Reichstage doch mehr und mehr die alten unhaltbaren und ungesunden Zustände Platz greifen und sich innerhalb des rechten Flügels der Liberalen mehr und mehr befestigen. Der alte, längst lahm getriebene Parade-gaul des Constitutionalismus steht hoch gezäumt da und wird von den Herren bei jeder Gelegenheit vor der mißmuthigen Bevölkerung getummelt und auch unsre Abgeordneten, die hier durchaus nur die Sprache einer praktischen Politik gesprochen, stehen innerhalb jener Zauberkreise constitutioneller Bedenken, durch welche jede gedeihliche Thätigkeit der liberalen Partei mehr und mehr eingeeengt und an freier Entfaltung gehindert wird. In dem Volke aber, wenigstens in unserm süddeutschen, büßt der Reichstag in Folge seiner vielmehr hemmenden als fördernden Thätigkeit, weil er vor lauter constitutionellen Bedenken und vor lauter sorglichen Befürchtungen, ob nicht etwa seine Würde und Autorität irgend eine Einbuße erlitte oder ob eine Summe Geldes wirklich an den Mann gebracht werden könne, wenn nicht das Parlament erst seinen Segen dazu gäbe, ebenso die Sympathien ein, wie er selbst die großen politischen, volkswirtschaftlichen und nationalen Gesichtspunkte aus dem Auge verliert, die allein immer den Maßstab jeder parlamentarischen Mitwirkung für des Volkes Wohl und Gedeihen bilden müßte. Nicht nur in den Kreisen unsrer ländlichen, sondern mehr noch in denen der städtischen Bevölkerung macht sich laut und vernehmlich die Mißstimmung über diese unfruchtbare Principienweiterei

geltend, und je mehr unser Volk davon überzeugt ist, daß der Reichskanzler mit seinem genialen Erfassen der Forderungen des Volkes, mit seinem tiefen Verständniß für die Bedürfnisse der einzelnen Klassen wie für das Wohl der Allgemeinheit, mit seiner rücksichtslosen Unerblichkeit, mit der er für das als gut erkannte eintritt, mit seinem praktischen Sinne und seinem thatkräftigen Wollen weit mehr das richtige trifft, als unsre liberalen Theoretiker mit all ihren Dogmen, Skrupeln und Bedenken, desto unzufriedener wird man mit einer Haltung, die ohne Rücksicht auf die große Sache dem Reichskanzler überall Hindernisse in den Weg wirft. Ein großer Theil unsrer Wählerchaft steht nur darum noch zu unsern liberalen Abgeordneten, weil er nicht weiß, wohin anders er sich wenden soll, und weil bisher noch niemand den Muth gehabt hat, das schon lange in diesen Kreisen erhobene Verlangen, mit dem Juristen- und Beamtenparlamente zu brechen und Männer für die Wahl aufzustellen, die den bürgerlichen und ländlichen Berufskreisen angehören, und Verständniß für die politischen und namentlich für die wirthschaftlichen Forderungen der Gegenwart besitzen, öffentlich zu vertreten und den parlamentarischen Bann, den man schwer genug empfindet, zu zerstören. Wir haben es an dieser Stelle schon einmal betont und wir wiederholen es: Die gewohnte politische Partei-schablone muß bei Seite geworfen, es müssen neue Principien aufgestellt werden, und zwar Principien, für die nicht politische, sondern wirthschaftliche Rücksichten in erster Beziehung maßgebend sind. Im Volke hat man für diese Parlamentsreform längst ein Verständniß, und besonders unsre freisinnigen und gebildeten Bürgerkreise pflegen es und bringen es zum Ausdruck. Es fehlt nur an einem starken Einflusse, der in dieser Richtung sich geltend macht, der, absehend von dem bisherigen Berufsparlamentarismus, dieser Anschauung zum Siege verhilft und die Kräfte, welche die Träger dieser Anschauung werden sollen, hervorlockt. Die Presse könnte diesen Einfluß üben, wenn sie selbst einen freien Gesichtspunkt zu gewinnen und aus den Banden eines verblaßten sog. liberalen Constitutionalismus sich loszumachen vermöchte. Wenn die Gerüchte von einer bevorstehenden Auflösung des Reichstages, die allerdings mit logischer Nothwendigkeit erfolgen zu müssen scheint, sich bestätigen, wer weiß, welches Bild der neue Reichstag dann bieten wird!



Literatur.

Geschichte der römischen Literatur. Von Dr. Rudolf Nicolai. Magdeburg, Heinrichshofen, 1881.

Diese römische Literaturgeschichte tritt der früher von demselben Verfasser durch Umgestaltung und Erweiterung des ältern Hornmannschen Leitfadens geschaffnen griechischen Literaturgeschichte (1867 abgeschlossen, 1873—78 abermals in neuer Durcharbeitung erschienen) an die Seite. Es ist nicht die Art d. Bl., in Bücheranzeigen sich mit der Wiederholung dessen zu begnügen, was der Verfasser eines Buches im Vorwort als seine Absicht hingestellt hat. Einem Werke aber von über 900 enggedruckten Seiten gegenüber, dessen wirkliche Beurtheilung den Fachzeitschriften überlassen bleiben muß und auch dort immer nur in sehr beschränkter Weise wird